

Härtel, Hans-Hagen

**Article — Digitized Version**

## Konzentration der Gewerkschaften

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Härtel, Hans-Hagen (1997) : Konzentration der Gewerkschaften, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 10, pp. 550-551

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137535>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Konzentration der Gewerkschaften



Hans-Hagen Härtel

Nachdem sich die Organisationsstruktur der deutschen Gewerkschaften trotz des beträchtlichen Strukturwandels in der Wirtschaft fast 50 Jahre mit nur minimalen Änderungen erhalten hat, ist sie nun durch Konzentrationsprozesse in Bewegung geraten. Anders als beim Zusammenschluß der IG Druck und Papier mit der Gewerkschaft Kunst zur IG Medien im Jahr 1989 und der IG Bau-Steine-Erden mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft zur IG Bauen-Agrar-Umwelt im Jahr 1996 verbinden sich jetzt auch mitgliedstarke Gewerkschaften. Im produzierenden Gewerbe wird es künftig nur noch drei Gewerkschaften geben: Neben der IG Bauen-Agrar-Umwelt, die IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE), die aus dem bereits lange geplanten Zusammenschluß der IG Chemie-Papier-Keramik mit der IG Bergbau und Energie sowie der Gewerkschaft Leder hervorgegangen ist, und die IG Metall, die erst spät auf den Zug der Konzentration aufgesprungen ist und in einem harten Konkurrenzkampf mit den beiden anderen Industriegewerkschaften die Gewerkschaft Textil und Bekleidung sowie die Gewerkschaft Holz und Kunststoff für einen Beitritt gewinnen konnte.

Auch im Dienstleistungsbereich ist nunmehr Konzentration die Devise, doch befinden sich die Planungen hier noch im Anfangsstadium. Zunächst vereinbarten die für den privaten Dienstleistungssektor zuständigen DGB-Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen (HBV), IG Medien und deutsche Postgewerkschaft (DPG) Verhandlungen über eine Verbindung. Inzwischen haben diese Gewerkschaften zusammen mit der ÖTV, der GEW und der nicht dem DGB angeschlossenen Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) in einer gemeinsamen Erklärung Initiativen zu einer Neustrukturierung für den gesamten – privaten, staatlichen und industrienahen – Dienstleistungssektor angekündigt. Während die ebenfalls an den Gesprächen beteiligte Gewerkschaft der Eisenbahner (GdED) noch über ihre Beteiligung nachdenkt, hat sich die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), die Arbeitnehmer sowohl aus Industrieunternehmen als auch aus Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben vertritt, zunächst für die Beibehaltung ihrer Selbständigkeit entschieden. Wenn es zu einer großen Dienstleistungsgewerkschaft käme, dann würden aus den ehemals 17 Einzelgewerkschaften vier große Gewerkschaften übrigbleiben; zudem wären die Angestellten der DAG dann in den DGB integriert.

Ob dieser Konzentrationsprozeß die Schlagkraft der Gewerkschaften und ihre Macht gegenüber den Arbeitgebern heben wird, ist indessen keineswegs sicher. Die Stärke der Gewerkschaften hängt von der Mobilisierung ihrer Mitglieder zu solidarischem Handeln ab. Dieses wiederum ist weniger eine Frage der Moral als eine Frage der Fähigkeit, die Interessen der Mitglieder zu bündeln. In der Vergangenheit war die Gliederung des DGB in relativ homogene Branchengewerkschaften hierfür eine institutionelle Stütze. Diese Organisationsform implizierte für jeden Betrieb die Zuständigkeit nur einer Gewerkschaft und die Vereinheitlichung der tariflichen Arbeitsbedingungen für alle Betriebe einer Branche durch Flächentarifverträge. Sie war allerdings nur so lange effizient, wie es den Gewerkschaften gelang, die Interessengegensätze auszugleichen, die sowohl innerhalb der Belegschaft eines Betriebes bestehen als auch zwischen den Belegschaften der miteinander konkurrierenden Betriebe einer Branche.

Die Bündelung von Mitgliederinteressen ist um so leichter, je homogener diese sind. Durch den Zusammenschluß entstehen indessen Organisationen, die noch sehr viel heterogener sind als die ehemaligen Industriegewerkschaften. Es ist nahezu unmöglich und ver-

mutlich auch nicht beabsichtigt, die Tarifverträge der neuen Gewerkschaften zu vereinheitlichen. Dazu müßten sich auch die entsprechenden Arbeitgeberverbände zusammefinden. Die zusammengeschlossenen Gewerkschaften bestehen also noch mehr als bisher schon aus Sparten, für die getrennte Tarifverträge abgeschlossen werden. Es stellt sich dann aber die Frage, ob die Gewerkschaften zwischen den Mitgliedern der einzelnen Sparten noch das Gefühl von Identität herstellen können, das für die Bindung der Arbeitnehmer an ihre Gewerkschaft notwendig ist.

Diese Bindung droht sich durch die Erosion des Flächentarifs ohnehin zu lockern. Für diese Erosion tragen auch die Gewerkschaften selbst die Verantwortung, weil sie zu wenig berücksichtigt haben, daß Tarifverträge Mindestnormen setzen, die die Grenzanbieter zum Ausscheiden zwingen oder ihnen den Markteintritt verwehren. Eine solche Selektionswirkung ist so lange unschädlich, wie der durch die Mindestnormen induzierte Strukturwandel im Einklang mit der Fähigkeit und Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Mobilität steht. Die Überforderung der Betriebe durch die geltenden Tarifverträge schlägt sich in hoher Arbeitslosigkeit nieder und untergräbt zudem die Position der Gewerkschaften. Nicht nur in den neuen Bundesländern wurden die Tarifverträge von den Unternehmen mit dem Einverständnis der Belegschaften schlicht unterlaufen. Um die Ausreißer wieder einzufangen, haben die Gewerkschaften notgedrungen die Öffnung der Flächentarife für betriebliche Vereinbarungen zugestanden. Die Bereitschaft hierzu wird auch durch das Bestreben der Gewerkschaften begünstigt, beschäftigungsfördernde Tarifabschlüsse nicht im Vertrauen auf die Marktkräfte zu treffen, sondern den Arbeitgebern unmittelbar Zusagen zur Beschäftigungssicherung abzuhandeln. Verbindliche Zusagen können aber nicht mit den Verbänden, sondern nur mit den Unternehmen vereinbart werden.

Während sich die Gewerkschaften zu branchenübergreifenden Organisationen zusammenschließen, müssen sie sich zugleich betrieblich differenzieren, sich im Extremfall sogar in Betriebsgewerkschaften aufspalten. Ihr Dilemma wird noch dadurch verschärft, daß sich die Wirtschaft ebenfalls neu organisiert, und zwar auf eine Weise, die zu den sich bildenden Gewerkschaftsstrukturen nicht paßt. Durch Diversifizierung, durch Ausgliederung und Vselbständigung von Abteilungen oder durch den Erwerb von Beteiligungen wechseln Betriebe in die Zuständigkeit anderer Gewerkschaften. Während in der Wirtschaft die Trennung von Industrie und Dienstleistungssektor zunehmend obsolet wird, wird sie von den Gewerkschaften konserviert. Aber auch zwischen den Industriegewerkschaften gab und gibt es Fälle, in denen Gewerkschaften selbst vor Gericht über die Zuständigkeit für Betriebe streiten.

Je mehr sich wegen einer inadäquaten Organisationsstruktur Konfliktfälle häufen, desto dringlicher ist es, daß die verantwortlichen Organisationen ihre Auseinandersetzungen nach festen Regeln austragen. Hierfür wäre ein starker Zentralverband notwendig. Durch das Aufgehen der kleinen und mittelgroßen in den großen Gewerkschaften hat aber der DGB seine wichtigsten Fürsprecher verloren. Es ist kennzeichnend, daß der DGB in der Diskussion über die künftigen Organisationsstrukturen überhaupt keine Stimme hat. Die Hoffnung, daß sich die stärker gewordenen Gewerkschaften im eigenen Interesse auf eine Reform und Stärkung des Zentralverbandes einigen, dürfte so lange vergeblich sein, wie die nicht ganz so großen Gewerkschaften zu Recht oder Unrecht argwöhnen, daß der DGB von der IG Metall dominiert wird.

Somit spricht nicht wenig für die Vermutung, daß die Fusionswelle in den Gewerkschaften zur Herausbildung eines Oligopols führen wird. Solange die Oligopolisten nicht unmittelbar um Mitglieder und Unternehmen konkurrieren, geht ihr Wettbewerb um Organisationsmacht und um politischen Einfluß. Der Wettbewerb kann aber auch gesamtwirtschaftlich produktiv sein, sofern er hilft, verschiedene Formen der Tarifaufeinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern zu erproben. Derzeit sieht es so aus, daß die konservative IG Chemie bei der Anpassung des Flächentarifs am kreativsten ist. Sie hat aber auch den Vorteil, daß sie über einen gleich gewichtigen Tarifpartner verfügt. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall ist dagegen aufgrund seiner Zerstrittenheit nahezu handlungsunfähig. Für die IG Metall ist ihre Überlegenheit an der Tariffrent indessen ziemlich wertlos, wenn die Unternehmen über das Drohmittel der Abwanderung verfügen. Es mag durchaus sein, daß die IG Metall für eine funktionierende Tarifautonomie zu groß gewesen ist.

So unsicher und spekulativ solche Überlegungen auch sein mögen, sie geben der Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit Anlaß, sich stärker als bisher und ohne ideologische Voreingenommenheit um die Entwicklung bei den Gewerkschaften zu kümmern.